

Ressort: Politik

DIW-Ökonomin für Pflichtversicherung gegen Dürreschäden

Berlin, 01.08.2018, 15:49 Uhr

GDN - Die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kemfert, hat sich für eine staatlich bezuschusste Versicherungslösung ausgesprochen, um das Dürre-Risiko für die Landwirtschaft in Deutschland zu mindern. "Wie Elementarversicherungen, die gegen finanzielle Belastungen bei Überschwemmungen und extremen Stürmen absichern, sollten auch Dürre-Versicherungen als Pflichtversicherung gelten", sagte Kemfert dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

Ähnlich wie in anderen EU-Ländern solle der Staat die Dürre-Versicherungen bezuschussen. Als Beispiele nannte Kemfert Frankreich, Italien, Polen, Spanien, die Niederlande und Österreich. Dort würden bis zu 70 Prozent der Versicherungen staatlich bezuschusst. Kemfert plädierte überdies dafür, die Versicherungssteuer auf Dürre-Policen deutlich zu reduzieren und entsprechend den Agrarpolicen gegen Wetterrisiken wie Hagel, Sturm, Starkregen, Überschwemmung und Frost auf 0,3 Prozent zu senken. Für das Risiko Dürre wird nach Angaben der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Deutschland derzeit noch eine Versicherungssteuer von 19 Prozent erhoben. In fast allen EU-Ländern gilt nach Angaben der Vereinigten Hagel, der vor allem landwirtschaftliche Flächen versichert, ein Versicherungssteuersatz von null Prozent. Die DIW-Ökonomin schätzt, dass extreme Wetterereignisse wie Hitze und Dürren in der Zukunft aufgrund des Klimawandels "immer häufiger und intensiver auftreten". Ein ungebremster Klimawandel könne in Deutschland "volkswirtschaftliche Schäden von bis zu 1 Prozent des Bruttosozialprodukts in den kommenden Jahrzehnten verursachen", warnte Kemfert. Die Kosten des Klimaschutzes seien "deutlich" geringer als die Kosten der Klimaschäden. Daher müsse alles getan werden, um den Klimawandel aufzuhalten. Etwa, indem die Treibhausgas-Emissionen rasch deutlich gesenkt werden. "Dies geht nur durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und klimaschonende Kraftstoffe", so Kemfert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-109633/diw-oekonom-in-fuer-pflichtversicherung-gegen-duerreschaeden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com